

"Spanien und Maastricht" in El País

Legende: Am 17. November 1991, einen Monat vor der Tagung der Staats- und Regierungschefs der Zwölf in Maastricht, bedauert die spanische Tageszeitung El País, dass die Vorschläge der Madrider Regierung bei den Verhandlungen im Vorfeld nicht berücksichtigt wurden, und sieht dem Abschluss des Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union pessimistisch entgegen.

Quelle: El País. 17.11.1991. Madrid. "España y Maastricht".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/spanien_und_maastricht_in_el_pais-de-7cde3b75-c213-4d13-8cb7-3b025f5babdf.html



Publication date: 04/08/2016

Spanien und Maastricht

NUR DREI Wochen, bevor in Maastricht ein entscheidender Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft stattfinden wird, könnte man sagen, dass die Erwartungen in Bezug auf einen Erfolg relativ niedrig sind. Der Auftrag der Teilnehmer ist eindeutig: Es muss eine Einigung über zwei Vertragsentwürfe erzielt werden, wobei der eine Entwurf die Wirtschafts- und Währungsunion und der andere die politische Union betrifft. Diesmal können sich die Mitglieder der Gemeinschaft nicht mithilfe eines einfachen Kommuniqués aus der Affäre ziehen (was zugegebenermaßen bei früheren Gelegenheiten von großem Nutzen für die Fortentwicklung der Gemeinschaft gewesen ist), geschweige denn mit Anweisungen für künftige Verhandlungsführer. Die neuen Verträge werden außerdem von den jeweiligen Parlamenten ratifiziert werden müssen. Spanien, einer der stärksten Befürworter eines gemeinsamen Europas unter den Mitgliedern der Gemeinschaft, stellt sich der Herausforderung mit großen Problemen, die ausschließlich Spanien betreffen und Gefahr laufen, grundlegende Konzepte seiner Mitgliedschaft in der Gemeinschaft auf die Probe zu stellen. Auf der einen Seite ist klar, dass die Regierung wünscht, dass die Verträge Ausgangspunkt für eine wirkliche europäische Union mit einer gemeinsamen Außenpolitik und einem gemeinsamen Sicherheitssystem bilden, die die Währungsunion möglich macht und dem Parlament und der Kommission mehr Kompetenzen einräumt. Gleichzeitig aber ist es für Spanien absolut notwendig, dass das Kohäsionsprinzip, das in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 festgelegt ist, eine entscheidende Rolle in den neuen Verträgen spielt und zwar nicht über rhetorische Worte und feierliche Erklärungen, sondern durch spezifische Maßnahmen, die in den Artikeln festgehalten werden und die seine Anwendung garantieren.

Spanien und die anderen weniger entwickelten Länder müssten von der Gemeinschaft entsprechend ihres aktuellen Entwicklungsstands behandelt werden. Wenn Spanien mehr an die EG zahlen müsste, als es von ihr erhält, entstünde eine für die Öffentlichkeit inakzeptable Situation, da sie die Vorteile des Systems nicht nachvollziehen könnte. Die Regierung hat konkrete Vorschläge unterbreitet, um zu erreichen, dass diese Kohäsion festgeschrieben wird und bei Einnahmen wie Ausgaben Methoden gefunden werden, in denen das jeweilige Niveau relativen Wohlstands der Mitgliedstaaten berücksichtigt wird.

Bisher ist den wichtigsten spanischen Vorschlägen in den Verhandlungen der Gemeinschaft nicht Rechnung getragen worden. Ihnen liegt allerdings ein Prinzip zugrunde, das an die Mitgliedschaft Spaniens in der EG gebunden ist. Weder sind die Forderungen aus einer Laune entstanden, noch kann man sie leicht beiseite fegen. Die Ablehnung der spanischen Prinzipien auf der Außenministertagung in Nordwijk am letzten Wochenende ist deshalb mehr als nur ein einfaches Scheitern, so sehr die Regierung, die nun aus der Not eine Tugend machen muss, auch die europäische Bestimmung Spaniens hervorgehoben und den Wunsch betont haben mag, einem Erfolg in Maastricht nicht mit „unangebrachten“ Vetos im Wege stehen zu wollen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass es inakzeptabel ist, dass die anderen EG-Länder Spaniens Forderungen ignorieren oder einfach vorschlagen, mit einer Erklärung darauf zu antworten, die nichts anderes wäre als die üblichen „wohlwollenden Worte“.

In dieser so komplizierten Angelegenheit, bei der vorauszusehen war, dass Spanien in ernsthafte Schwierigkeiten geraten würde, ist nicht nachvollziehbar, wie die Regierung handeln konnte, ohne wirklich das Parlament einzubeziehen. In Frankreich und Großbritannien werden nächste Woche Debatten im Parlament stattfinden, damit die Exekutive des Landes sowie die anderen Regierungen der EG erfahren, was die Abgeordneten denken und zwar vor dem Gipfel. Die Methode der spanischen Regierung, das Parlament und die Öffentlichkeit von den großen Debatten über Europa auszuschließen – oder erst im Nachhinein einzubeziehen – und ihnen Informationen vorzuenthalten, war immer schon Zeichen für ein gewisses Misstrauen gegenüber beiden. Angesichts der herrschenden Konjunktur hat diese Tatsache doppelt negative Auswirkungen: Es steht eine Position Spaniens auf dem Spiel, die nicht nur um der nationalen Interessen willen verteidigt werden muss, sondern auch damit unsere eigene europäische Überzeugung nicht ihre wichtigste Daseinsberechtigung verliert. Es bleibt nur wenig Zeit, aber es wäre wünschenswert, dass die Regierung sie sinnvoll nutzt.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 17. November 1991 im Meinungsteil.